An das
Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Per E-Mail an:
legistik-wissenschaft@bmbwf.gv.at

Salzburg, am 06. Jänner 2024

**Stellungnahme der ÖH Universität Mozarteum Salzburg und ÖH Universität Salzburg
zum Entwurf des Bundesgesetzes über das Institute of Digital Science do. GZ. 2023-
0753.207 vom 24. November 2023**

Sehr geehrte Damen und Herren,
zunächst bedanken wir uns für die Übermittlung des Bundesgesetzes über das geplante Institute of Digital Science Austria. Wir lehnen diesen Gesetzesentwurf in seinem vollen Umfang ab und stellen uns entschlossen dagegen, dass für dieses geplante „Institut/Universität“ ein neues, eigenes Gesetz formuliert wird. Weder die Notwendigkeit noch die Sinnhaftigkeit eines solchen Schrittes sind für uns schlüssig. Darüber hinaus ist wünschenswert, in bereits vorhandene Strukturen zu investieren, anstatt unüberlegt allumfassende Universitätskonzepte fern ab jeder Realität neu zu konzipieren. Das Gesetz schafft viel zu wenig Rechtssicherheit und überlässt wegweisende, wichtige Entscheidungen, unter anderem die Ausarbeitung einer Satzung, einer kleinen Gruppe von Entscheidungsträger_innen, die bei weitem nicht repräsentativ ist, die Mitspracherechte der Studierenden systematisch untergräbt und ein unerwünschtes Machtmonopol schafft. Außerdem ist uns nicht ersichtlich, wie das Institut strukturell umgesetzt werden soll und wie dadurch qualitativ hochwertige Lehre gewährleistet werden kann. Auch die Planung, alle Fachrichtungen von Technik bis Kunst in einem Institut, das als Universität geführt werden soll, zu bündeln, ist unserer Ansicht nach nicht realisierbar und wird der österreichischen Hochschulbildung nicht zuträglich sein. Eine Universität ist vorrangig für Studierende da, die hier übergangen werden. Jedoch ist der vorliegende Entwurf nicht nur in studienrechtlicher Perspektive, sondern auch in arbeitsrechtlicher und juristischer Hinsicht problematisch, weshalb eine Eingliederung des geplanten Instituts/der geplanten „Universität“ in das UG 2002 gefordert wird. Uns wird nicht ersichtlich, was das „Neue“ am IDSA ist, da die Form von Interdisziplinarität, die hier beschrieben wird, bereits im etablierten Universitätskontext existiert.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu § 1:

Die hier genannte „Universität“ stellt keine Universität da, da sie nicht in das UG 2002 eingegliedert ist. Möchte erreicht werden, dass dies eine Universität ist, muss sie in das UG 2002 eingebunden werden. Eine Universität aufgrund einer neuen Rechtsgrundlage wird abgelehnt.

Zu § 2 (2):

Wenn sich die „Planung des Studienangebots sowie die weiteren strategischen Planungen in Forschung und Lehre der Universität [...] an den Zielsetzungen des Gesamtösterreichischen Universitätsentwicklungsplans gemäß § 12b Universitätsgesetz 2002 – UG, BGBl. I Nr. 120/2002, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 52/2023 zu orientieren“ hat, warum wird dieses Institut nicht gleich in das UG 2002 eingebunden? Neue Wirkungsbereiche, wie in den Erläuterungen beschrieben, rechtfertigen keinen neuen Gesetzestext.

Zu § 4 (4):

Wir sprechen uns klar gegen jegliche Erhebung von Studienbeiträgen aus. Dies verschlechtert Eintrittschancen, erhöht Barrieren für Studierende und verschlechtert die ohnehin prekäre soziale Situation eines Großteils der Studierenden erheblich. Was genau unter „sozial verträglichen“ Studienbeiträgen verstanden wird ist für uns nicht ersichtlich. Generell sind alle Studienbeiträge eine Mehrbelastung für Studierende und damit nicht sozial verträglich, sie schließen Menschen von ihrem Recht auf Bildung aus. Zudem bringt die Nichtnennung der eigentlichen Höhe erhebliche Unsicherheiten mit sich.

Zu § 5 (1):

Dass Studierende mit einer Universität eine privatrechtliche Rechtsbeziehung eingehen müssen, um dort studieren zu können ist grundsätzlich abzulehnen, ein Rechtsschutz für Studierende muss gewährleistet werden können. Die beschriebenen „neuen Wege im Studienrecht“ lehnen wir ebenfalls ab, da für uns mehr Gefahren statt Potentiale ersichtlich sind.

Zu § 5 (2):

Die Mitgliedschaft der Studierenden zur ÖH ist notwendig und einzurichten. Bislang ist nicht geklärt, wie die Einrichtung einer ÖH mitsamt der im HSG geregelten Gremienbeteiligung aussehen soll. Generell muss das HSG bindend sein und sollte keine Option sein. Die

Gremien, die im HSG beschrieben sind, finden sich im Gesetzesentwurf des IDSA nicht zur Gänze wieder, was für uns ein weiteres Problem darstellt.

Zu § 6 (2):

Curricula sind grundsätzlich sowohl internen als auch externen Qualitätssicherungsverfahren zu unterziehen. Eine reine interne Beurteilung ist generell unzureichend und aufgrund der geplanten umstrukturierten Leitungsorgane der "Universität" noch untragbarer.

Zu § 8:

Die Neu- und Umstrukturierung sowie Umbenennung der Leitung und inneren Organisation dieser "Universität" ist völlig ungenügend. Nicht nur schafft die Neubenennung gerade im Vergleich mit dem UG 2002 Verwirrung bei den Studierenden, darüber hinaus verschlechtert sie grundsätzlich die jetzt schon nur bedingt gegebene demokratische Teilhabe aller Gruppen der Universität, insbesondere die der Studierenden.

Zu § 10:

Das „Kuratorium“ als Pendant zum im § 21 UG 2002 genannten Universitätsrat übernimmt mit diesem Gesetz wesentliche leitende Funktionen dieser „Universität“, unter anderem auch die Bestellung von Ausschüssen zur Erstellung der Curricula. Die Zusammensetzung ist mehrheitlich extern, nur ein Teil der Personen lehrt und arbeitet an der „Universität“, soll aber wegweisende Entscheidungen treffen, was für uns sehr problematisch ist. Außerdem sind in diesem Gremium keine studentischen Mitglieder vorgesehen. Hier akkumulieren sich etliche Zuständigkeiten, die nach UG 2002 bewusst und sinnvollerweise auf unterschiedliche, qualifizierte Gremien aufgeteilt wurden. Eine solche Entscheidungsmacht einem einzelnen Gremium zu übertragen scheint uns untragbar, noch dazu auf ein Gremium, in dem drei der Mitglieder von der Bundesregierung bestellt werden. Diese seien zwar weisungsfrei und ohne Parteizugehörigkeit, allerdings stellt sich hier doch die Frage der wirklichen Autonomie dieses entscheidenden Gremiums.

Zu § 10 (1):

Eine Zuständigkeit des Kuratoriums ist die Bestellung von Ausschüssen zur Erstellung der Curricula. Dabei ist für uns nicht nachvollziehbar, woher dieses Gremium die Qualifikation für solche Entscheidungen haben soll, zumal auch hier wieder die studentische Mitwirkung außen vorgelassen wird. Außerdem ist der Passus "eine entsprechende Teilhabe der Lehrenden und Studierenden sicherzustellen" sehr ungenau formuliert und kann damit nicht garantieren, dass

Studierende zumindest hier in vollem Umfang Abstimmungsrechte statt lediglich Mitspracherechte bekommen.

Zu § 11:

Die „Universitätsversammlung“ soll als Pendant zum Senat fungieren, was aber nicht gewährleistet ist, da diesem Gremium lediglich die Möglichkeit gegeben wird, Personen ins Kuratorium zu entsenden und ihm in allen anderen Entscheidungen lediglich eine beratende Funktion zukommt. Die Möglichkeit, dass „ein Mitglied [...] auf Vorschlag der Vertretung der Studierenden zu entsenden“ ist, scheint zwar gut, allerdings ist dieses Mitglied keine studierende Person, da im Kuratorium keine studentische Person vorgesehen ist. Echte Repräsentativität sieht anders aus. Studierende sind die mit Abstand größte Personengruppe einer Universität, ohne die diese an Daseinsberechtigung einbüßt, dennoch sind sie im IDSA fast gar nicht in Gremien vertreten. Das ist untragbar.

Zu § 17 (1):

An einer als zukunftsweisend behaupteten „Universität“, sollte der Grundsatz der Nachhaltigkeit aufgenommen werden. Dieses Thema darf kein Randthema mehr bleiben und muss prioritär berücksichtigt werden.

Zu § 22 (3):

Der Ausschluss des Personals von den grundsätzlichen Kollektivverträgen ist nicht hinnehmbar. Auch studentische Arbeitskräfte sind davon betroffen und müssen mit einer Verschlechterung der Bezahlung und einer noch unsichereren Position auskommen. Darüber hinaus führt dies zu Wettbewerbsverzerrung.

Zu § 22 (4):

Dass Ausschreibungen unter bestimmten noch festzulegenden Gründen nicht öffentlich durchgeführt werden müssen, ist nicht hinnehmbar. Das schädigt die Transparenz von solchen Verfahren ebenso wie die Gleichbehandlung aller Bewerber_innen und legt den Schluss nahe, dass Stellen unter der Hand vergeben werden.

Zu § 22 (6):

„Weitere Regelungen, insbesondere hinsichtlich der Festlegung von Aufnahmeverfahren und von Zulassungsfristen sind in der Satzung zu treffen.“ Solch entscheidende Fragen sollten nicht erst in der Satzung geregelt werden, sondern bereits im Gesetzestext vorliegen. Es stellt sich die Frage, was dieses Gesetz darstellt, wenn die meisten studienrechtlichen Angelegenheiten entweder nicht erfasst oder erst mit Ausarbeitung der Satzung erledigt werden. Nachdem die Beschlussfassung einer Satzung laut UG dem hier nicht vorhandenen

Senat untersteht, stellt sich für uns die Frage, ob hierbei Studierende überhaupt eingebunden werden.

Zu § 24:

Dieser Absatz zu Rechten und Pflichten der Studierenden ist unvollständig. Eine Übernahme der im § 59 UG 2002 angeführten Punkte ist unumgänglich, um Rechtssicherheit für Studierende und faire Studienbedingungen zu schaffen.

Zu § 27 und § 28:

Auch diese Abschnitte sind viel zu unkonkret formuliert und garantieren Studierenden keinerlei Rechtssicherheit bei Prüfungen. Dieser Abschnitt muss sich hier am UG 2002 orientieren, siehe Kritik zu § 24.

Zu § 32 (1):

Uns stellt sich die Frage, ob die Durchführung eines Stichprobentests UG-konform ist.

Abschließende Bemerkung:

Wir stehen der Gründung und dem Gesetzesentwurf des IDSA sehr kritisch gegenüber, einerseits erkennen wir nicht, wie das IDSA in die bereits bestehende österreichische Universitätslandschaft eingegliedert werden kann und wie der damit verbundene Mehrwert für Studierende aussehen soll. In diesem Gesetzesentwurf sehen wir vor allem, dass die Rechte und Freiheiten der Studierenden massiv eingeschränkt werden. Andererseits wird für uns nicht ersichtlich, warum trotz der vielen Kritikpunkte und Überschneidungen mit bereits Vorhandenem erstens eine neue "Universität" gegründet werden und zweitens einem eigens dafür geschaffenen Gesetz unterliegen soll.

Diese Stellungnahme schließt sich den von der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschul_innenschaft sowie von der Senatsvorsitzendenkonferenz eingebrachten Stellungnahmen vollumfänglich an.

Mit freundlichen Grüßen

J. Vogel

Julia Vogel, BA (Universität Mozarteum Salzburg) und Cedric Keller (Universität Salzburg) im Namen der Vorsitz-Teams und Bildungspolitischen Referate